

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Dr. Linus Förster** und Fraktion (SPD)

CETA ablehnen - Transparenz herstellen - Bevölkerung beteiligen

Der Landtag wolle beschließen:

Das kanadisch-europäische Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) in der vorliegenden Fassung wird abgelehnt. Sollten die von der EU-Kommission angekündigten Nachverhandlungen Verbesserungen bringen, berät der Landtag erneut. Vor einem Votum Bayerns im Bundesrat soll die Bevölkerung in einer Volksbefragung an der Entscheidungsfindung beteiligt werden.

Begründung:

Die derzeit vorliegende Fassung des Freihandelsabkommens CETA ist in wesentlichen Punkten nicht akzeptabel. So sind beispielsweise private Schiedsgerichte vorgesehen, der Investorenschutz enthält unklare Rechtsbegriffe, die vorgesehene regulatorische Kooperation ist ein Angriff auf die Gesetzgebungskompetenz der Parlamente.

Vor einer Volksbefragung ist die Bevölkerung umfassend über den Inhalt des zur Abstimmung stehenden CETA-Vertrags zu informieren. Gleiches gilt für das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP).